

# **Transfer der westlichen Demokratie in den chinesischen Kulturraum**

*Yi-Kai Chen*

## **I. Einleitung**

Vielen Dank für die Vorstellung und die Einladung zum Demokratieforum an Herrn Prof. Heußner, Prof. Trabold, und Prof. Trute. Meine Damen und Herren, es ist mir eine große Ehre, als ein taiwanischer Jurist, der in Tübingen bei Prof. Oppermann bis 2007 promovierte, einen Vortrag zur Demokratisierung Taiwans zu halten. Das Thema meines Vortrags lautet: Transfer der westlichen Demokratie in den chinesischen Kulturraum. Ich beginne mit dem historischen Hintergrund.

Erst seitdem 1911 das letzte Kaiserreich in China unterging und die erste Republik in der chinesischen Geschichte ausgerufen wurde, bestand die Möglichkeit, die Theorie der westlichen Demokratie in die Tat umzusetzen. Wenn man einen Rückblick auf die bisherige politische Praxis wirft, wird der Misserfolg des Demokratietransfers in China bestätigt, wo bisher nur auf Dorfebene politische, direkte Wahlen stattfinden. Demgegenüber scheint die Inselrepublik Taiwan in den 90er Jahren die Demokratie effektiv eingeführt zu haben. Sie hat bisher schon zwei Male Machtwechsel durch demokratische Präsidentschaftswahlen erlebt.

Warum scheiterte der Versuch des Demokratietransfers nach China? Viele Wissenschaftler und Experten versuchten von unterschiedlichen Ansätzen her, mögliche Antworten darauf zu geben. Manche von ihnen stellen Bedingungen auf, die für eine effektive Demokratie notwendig sind. Umstritten ist dabei schon die Frage, was diese Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratie sind? Manche liefern ein ökonomisches Argument und machen den Erfolg der Demokratie abhängig von Wirtschaftsfaktoren. Demnach steht die Demokratie eines Staates mit einem niedrigeren Bruttosozialprodukt auf wackeligen Beinen. Freilich stößt das ökonomische Argument auf viele Einwände. Es scheint deshalb nicht stichhaltig, weil nie in der Praxis bestätigt wurde, dass eine funktionierende Demokratie von bestimmten Einkommenshöhen der Bevölkerung garantiert werden konnte.

Ernst zu nehmen ist das Kulturargument, welches besagt, dass bestimmte Kulturen geeignetere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratie bieten als andere. Die Gesellschaft, der eine solche demokratiefreundliche Kultur fehlt, wäre demnach unfähig zur Demokratie. Da der Begriff der Kultur umfassend ist, könnte das Kulturargument leicht zum Allheilmittel eines Kurpfuschers werden, das gegen alle

möglichen Beschwerden mehr oder weniger hilft, solange man nicht konkret bestimmt, welche Vorstellungen und Ideen, die aus der chinesischen Kultur und Tradition stammen und sich bis heute noch auf das Verhalten der Chinesen auswirken, dem Funktionieren der Demokratie entgegenstehen. Ein anderer Grund gegen eine Anwendung des Kulturarguments im konkreten Fall liegt darin, dass sich aus der allgemeinen kulturargumentativen Fragestellung keine schlüssige These, sondern nur ein Scheinkonsens ableiten lässt. Wenn zum Beispiel jemand ganz allgemein behauptet, dass das Gedankengut der Grundrechte und der demokratischen Toleranz aus der westlichen Kultur stamme, würde dies niemand ernstlich in Frage stellen. Wenn aber die Frage ganz konkret gestellt wird, ob die Ideen von Grundrechten und demokratischer Toleranz aus dem Christentum oder aus der Aufklärung stammen, dann wird es selbst unter Europäern zu uferlosen Debatten kommen. Dies wurde unter anderem bestätigt von der Debatte zum Gottesbezug unter den Konventsmitgliedern, die den Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrags im Jahre 2002 ausarbeiteten. Die Klausel des Gottesbezugs wurde letztlich nicht in den Verfassungsvertrag aufgenommen, weil die Konventsmitglieder darüber keinen Konsens erreichen konnten.

Das Kulturargument spielte und spielt heute immer noch eine große Rolle bei der Debatte, ob die chinesische Kultur zu westlicher Demokratie überhaupt fähig ist. Seit der 4.-Mai-Bewegung (1915-1921) schlugen die chinesischen Intellektuellen den Weg des Kulturarguments ein. Sie führten fast alle Rückständigkeit Chinas auf die chinesische Kultur und Tradition zurück und übten deshalb scharfe Kritik an ihr. Obwohl ihr Ansatz an und für sich nicht unbrauchbar war, hatten sie ihn zu undifferenziert und zu pauschal angewandt, sodass manche ihrer traditionsfeindlichen Thesen leicht falsifiziert werden konnten. In meinem Vortrag versuche ich deshalb, dieselben Fehler zu vermeiden. Es sollen hier auf der Grundlage der deutschen Staatslehre stets konkrete Fragen danach gestellt werden, welche Einstellungen, die typisch für den chinesischen Kulturkreis sind, sich negativ auf den Transfer der westlichen Demokratie auswirken. Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich hier im Voraus klarmachen, dass die sich demokratiefeindlich auswirkenden traditionellen Vorstellungen, nicht zu einer unüberwindbaren Blockade für die Demokratisierung der chinesischen Staatsgewalt zu führen brauchen. Im Folgenden möchte ich dem Konfuzianismus und den typischen traditionellen Vorstellungen nachgehen, die sich negativ auf den Demokratietransfer auswirken könnten.

## **II. Die in Kultur und Tradition angelegten Blockaden des Demokratietransfers**

Die Demokratie nach westlichem Modell beruht auf dem Wahlrecht der Bevölkerung.

Die Wähler schicken ihre Repräsentanten ins Parlament, in dem sie Gesetze verabschieden, an die die Machthaber gebunden sind. So werden Grundrechte, Gewaltenteilung und Demokratie zu einer institutionellen Einheit. Sie sind fest miteinander verkettet. Das alte chinesische politische System hingegen kannte weder Gewaltenteilung noch Parlament. Grundrechte des Individuums im westlichen Sinne kamen im traditionellen China auch nicht in Betracht.

## **2.1 Keine Gewaltenteilung**

Der Grundgedanke der Gewaltenteilung liegt im Misstrauen gegenüber den Machthabern. Um den Machtmissbrauch durch die Machthaber einzudämmen, müssen ihnen zwei der Gewalten genommen und an die Organe übertragen werden, die von ihnen nicht kontrolliert werden.

Demgegenüber kannte das traditionelle chinesische Rechtssystem keine Gewaltenteilung. Nicht nur der Kaiser, sondern auch die lokalen Amtsträger auf Kreis- oder Provinzebene übten neben der vollziehenden auch die rechtsprechende und gesetzgebende Gewalt aus. Der Intellektuelle, der einmal die Beamtenprüfung bestanden hatte und vom Kaiser als Kreisgouverneur eingesetzt war, hatte gleichzeitig die Befugnisse eines Administrators, Kriminalbeamten, Staatsanwaltes, Richters und Gerichtsvollziehers.

Da sich die Gewalten der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung in einer Person vereinigten, war und ist das chinesische Gericht nie unabhängig. Bis heute würde sich das Volksgericht in China nicht trauen, ohne Anweisung der KP die Entscheidung zu treffen.

## **2.2 Beamtenprüfung statt Parlament**

Im alten China wurde die gesetzgebende Gewalt auch vom Kaiser ausgeübt. Er erließ allein die Gesetze, die meistens das Strafrecht betrafen. Zivilrecht und Handelsrecht waren dem Gewohnheitsrecht überlassen. So kam das alte Kaiserreich auch ohne Parlament aus.

Ein weiterer Grund, warum sich in China vom ersten bis zum letzten Kaiserreich kein mit einem westlichen Parlament vergleichbares Organ entwickeln konnte, liegt darin, dass das Feudalsystem mit Gründung des ersten Kaiserreichs abgeschafft worden war. Ohne Adel hätte es keine Ständeversammlung in Europa gegeben, ohne Ständeversammlung könnte kein modernes Parlament entstehen. Die Beamtenposten wurden im alten China nicht durch Erbrecht an den Adel vergeben, sondern durch ein

Prüfungssystem verteilt. Im Hinblick auf die politische Beteiligung der Bevölkerung trat im alten China das Prüfungssystem an die Stelle des Parlaments. Was unterscheidet die politische Beteiligung des chinesischen Prüfungssystems von der westlichen Demokratie? In der westlichen Demokratie hat jeder Bürger von einem festgesetzten Mindestalter an das Recht zu wählen. Man spricht von Massendemokratie, das heißt dass die Demokratie ohne Privilegien ist, eine Demokratie mit politischer Chancengleichheit ist. Nach dem chinesischen Prüfungssystem hatten nur die Intellektuellen, die die Beamtenprüfung bestanden, die Chance, sich der Politik zu widmen. Nicht umsonst bezeichnete Oskar Weggel die alte chinesische Staatsform und Regierungsform als Staat der Diktatur der Beamtenklasse. Die Politik war in China die Domäne einer absoluten Minderheit von Eliten.

### **2.3 Privileg statt Grundrecht**

Die Mitglieder des Beamtentums hatten sich im alten China fast ausnahmslos durch die alle drei Jahre stattfindenden Beamtenprüfungen dafür qualifiziert. Der Großteil der Bevölkerung, darunter selbst die Bauern, war berechtigt, die Beamtenprüfung abzulegen. Das Prüfungssystem gab einerseits den Untertanen die Chance, in die Herrschaftsschicht einzuziehen. Das führte andererseits dazu, dass jeder einzelne um sein eigenes Privileg kämpfte und kaum jemand sich für die Einführung der Grundrechte der gesamten Bevölkerung interessierte.

### **2.4 Einfluss des Konfuzianismus: kein Grundrecht**

Nach der Theorie des Konfuzianismus begründet sich der Herrschaftsanspruch der Staatsgewalt analog zu demjenigen innerhalb der Familie. Der Sohn soll seinem Vater gehorchen, weil die Pietätspflicht (Ehrfurchtspflicht) ihn dazu verpflichtet. Nach der Vorstellung des Konfuzianismus beschränkt sich dieses Pflichtverhältnis des Sohnes gegenüber seinem Vater nicht allein auf die Familie, sondern kann auch auf das Verhältnis zwischen Fürst und Untertan übertragen werden. Demnach gehorchen die Untertanen dem Herrscher, wie der Sohn dem Vater. Was jedoch die Pflicht des Fürsten dem Untergebenen gegenüber anbelangt, drückte sich Konfuzius sehr zurückhaltend aus. Als ihn einmal der Fürst Ding fragte, wie ein Fürst seine Beamten behandeln und wie die Beamten ihrem Fürsten dienen sollten, entgegnete Meister Kung: Der Fürst behandle den Beamten, wie es die Sitte verlangt, der Beamte diene dem Fürsten, wie es das Loyalitätsgebot verlangt. Die Pflicht zur Loyalität wurde im Laufe der Zeit beinahe ins Uferlose erweitert, während die sittliche Pflicht des Fürsten fast vollständig verschwand, weil die Hauptaufgabe bei der Regulierung des Verhältnisses dem Fürsten zufällt. Der Untertan hatte dem Fürsten gegenüber immer nur Pflichten, denen keine ihnen entsprechenden Rechte gegenüberstanden, die der

Untertan dem Fürsten gegenüber hätte geltend machen können. Der Fürst hatte dem Untertan gegenüber maximal nur moralische Pflichten. Als Folge wurden keine subjektiven Rechte der Untertanen begründet. Sie blieben dem Machtmissbrauch durch die Staatsgewalt hilflos ausgeliefert.

### **III Die Legitimitätsgrundlage der Herrschaft des chinesischen Kaisers**

#### **3.1 Konfuzianismus unterscheidet Normalzustand und Urzustand**

Die Lehre des Konfuzianismus ist nicht überall und ohne Voraussetzung anwendbar. Die durch Bejahung klarer Hierarchien gekennzeichnete Konfuziuslehre kann man nur dann anwenden, wenn das Land noch im Frieden ist. Der Meister Kung sagte, Man sollte ein gefährdetes Land nicht betreten, in einem aufständischen Land nicht bleiben: Wenn das Land in Ordnung sei, so sei man im Amt, wenn das Land ohne Ordnung sei, so sollte man vom Amt weg sein und untertauchen.

#### **3.2 Himmelauftragslehre (Machtlehre) als Legitimitätstheorie im Urzustand**

Dann ist die Frage aufgekommen, welche Legitimitätstheorie in einem Land ohne Ordnung anwendbar ist, um festzustellen, wer im Bürgerkrieg der legitime Herrscher sein sollte. Nach traditioneller chinesischer Vorstellung erhielt der Kaiser ein Mandat des Himmels, die Herrschaftsgewalt auszuüben. Im Falle schlechter Herrschaft, die sich an gesellschaftlicher Unordnung zeigte, konnte der Himmel dem Herrscher das Mandat wieder entziehen. Das jeweilige Ergebnis des Bürgerkriegs brachte zum Ausdruck, was der himmlische Auftrag festgeschrieben hatte. Der Machtwechsel durch den faktischen Sieg des Bürgerkriegs wurde als die Änderung des himmlischen Auftrages interpretiert. Der Inhaber der faktischen Macht erhielt also zusätzlich das neue Mandat des Himmels, da er ja ohne diesen Auftrag die Macht nicht hätte erlangen können. Die Theorie des Himmelauftrags ist nichts anderes als Machttheorie.

#### **3.3 Hierarchielehre als Legitimitätstheorie im Normalzustand**

Wie wurde die Herrschaftsgewalt im Normalzustand gerechtfertigt? In der Friedenzeit legte der Konfuzianismus nur eine Hierarchie der Herrschaftsordnung fest, ohne dabei zu begründen, warum der Sohn dem Vater oder Beamten dem Fürsten gehorchen sollte. Sein Gehorsamsgebot leitete sich nicht etwa von der Unterstützung der Untertanen oder der Klugheit des Königs her, sondern nur von der Stellung der Hierarchie als Vater und König. Solange der König an der Macht blieb, konnte er von den Untertanen Loyalität einfordern. Diese Loyalitätspflicht galt nur, solange der Herrscher an der Macht blieb.

#### **3.4 Die Auswirkung der Anwendung der Machtlehre**

### **3.4.1 Auch Ausländer können legitime Herrscher sein**

Im Urzustand ist der Herrschaftsanspruch dessen legitimiert, der den Krieg gewinnt. Darum werden auch Ausländer, wenn sie ihre Herrschaft in China stabil und effektiv durchsetzen, als legitime Herrscher betrachtet. Dies sollte sich bei der Yuan- und der Qing-Dynastie bestätigen. Das China der Yuan-Dynastie war von den Mongolen und das der Qing-Dynastie von den Mandschuren erobert. Betrachtet man es aus der Staatskontinuitätstheorie des Völkerrechts, war China untergegangen. Trotzdem werden die Kaiser der beiden Dynastien sowohl von klassischen chinesischen Geschichtsbüchern als auch von den Geschichtslehrbüchern des heutigen China und Taiwan als legitime chinesische Herrscher betrachtet.

Letztlich heißt dies, dass derjenige als legitim anerkannt wurde, der den Krieg gewinnen und sich an der Macht halten konnte, gleichgültig, ob er nun legal oder illegal auf den Kaiserthron gelangt war. Die Anwendung der Machttheorie fördert die Stabilisierung des durch Revolution und Usurpation neu geschaffenen Regimes, sonst würde seine Legitimitätsgrundlage erschüttert.

### **3.4.2 Ursache für Instabilität der Herrschaft und radikalen Machtmissbrauch**

Die in der Geschichte nicht selten erscheinenden ungewöhnlichen Machtwechseln, sei es Revolution, oder Usurpation, können auf die Anwendung der Machttheorie zurückgeführt werden. Die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität wären nicht mehr eingehalten. Dies machte den Herrscher beunruhigt. Viele vermeidbare Bürgerkriege wurden wegen Misstrauen zwischen Kaiser und Beamten ausgebracht. Die Angst des Herrschers führte zu Einsatz der brutalen und extremen Gewalt, um die potenziellen Feinden zurückzuschrecken. .

### **3.4.3 Die Hochentwicklung und der schamlose Einsatz der Listen und Strategien**

Es ist auch die Ursache dafür, warum so viele schamlosen Listen und Strategie in China ohne Hemmungen geforscht, gesammelt, entwickelt, und eingesetzt wurden und werden. Im westlichen Kulturkreis gilt das Sprichwort: Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel. In China gilt es umgekehrt: Der Zweck heiligt die Mittel. Es ist kein Wunder, dass China bisher der erste und einzige Staat ist, in dem die List und Strategeme hochentwickelt und schamlos eingesetzt sind. Ein General (Bai Qi) im ersten Kaiserreich kurz vor der Gründung des Reiches (die Schlacht von Changping, 260 vor. Christ) hatte 400,000 Kriegsgefangenen lebendig begraben. Vorwürfe gegen dieses Ereignis sind kaum in der Literatur zu sehen.

## **3.5 Resümee**

Legitime Machtwechsel im alten China erfolgten entweder auf Weisung des Herrschers oder durch den siegreichen Ausgang eines Bürgerkriegs. Diese Machtlehre, die auf jede ethische oder rationale Erklärung der Herrschaft verzichtet, hat sich bislang in China durchgesetzt. Sie sieht allein die effektive Inhaberschaft der Macht als maßgeblich an, denn das himmlische Mandat steht sowieso immer auf der Seite des Siegers. Deshalb ist die chinesische Machtlehre insoweit mit Kaufmanns Theorie identisch ist, als dass das natürliche Vorhandensein von Macht sich selbst rechtfertigt.

Diese pragmatische Vorstellung trägt dazu bei, dass ungewöhnliche Machtwechsel immer wieder in chinesischer Geschichte geschehen, sei es militärische Putsche, politische Usurpationen, Bürgerkriege oder Revolutionen. Sie werden alle nur deshalb als legitime Machtwechsel anerkannt und legitimiert, weil sie sich mit Erfolg durchsetzen können. Wenn man heute in China Chinesen fragt, warum die kommunistische Partei ohne demokratische Wahlen als legitime Regierung anerkannt wird, wird beantwortet, dass sie den Bürgerkrieg gegen die KMT gewonnen hat. Die als legitimer Herrscher anerkannte KP steht dann ganz oben auf dem höchsten Rang der Hierarchie. Sie kann aufgrund der obengenannten konfuzianischen Theorie der Hierarchie Gehorsam und Loyalität von der Bevölkerung verlangen darf. Auch die Theorie von Karl Max spielt hier in dem chinesischen kommunistischen Staat als Rechtfertigungstheorie keine Rolle. Dies wurde bestätigt, als Jiang Tze-Ming 2002 auf 16. Parteitag bekannt machte, dass die KP nicht nur das Interesse des Proletariats, sondern darüber hinaus auch das Interesse aller Bevölkerung vertreten sollte. Die Tatsache, dass diese Änderung der kommunistischen Ideologie keine nennenswerten Einwände erregte, reicht schon aus, zu beweisen, dass die Herrschaft der KP nicht durch Kommunismus, sondern durch Konfuzianismus legitimiert wird.

Solange diese Legitimitätsvorstellung über Machtwechsel in China nicht geändert wird, wäre der erfolgreiche Transfer der westlichen Demokratie davon abhängig, ob der Herrscher, der die Demokratie in China verwirklichen wollte, im Urzustand den Gegner besiegen und seine Herrschaft effektiv durchsetzen könnte.

### **3.6 Ursache für den Misserfolg des Transfers der westlichen Demokratie: Bürgerkrieg nach dem 2. Weltkrieg als Beispiel**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges brach sofort der Bürgerkrieg zwischen KMT und KPCh aus. Die von Jiang geführte KMT und die von Mao geleitete KP, die jeweils über eigene Truppen verfügten, kämpften gegeneinander um die Macht der Zentralregierung. Zwar versuchte US Regierung, eine Koalitionsregierung zwischen beiden Parteien zu schaffen, und wurde auch von Sowjet Union unterstützt. In der

Praxis erwies sich die friedliche Lösung als unrealistisch, weil Bürgerkrieg in China bisher nie durch friedlichen Vertrag gelöst wurden. Beide Parteien versuchten, ihren Herrschaftsanspruch über das Territorium durchsetzen. Dieser Ausgang war kein Zufall. Er verlief in den alten Spuren der chinesischen Tradition. Sowohl Nationalismus als auch Kommunismus dienten dabei nur als Hilfsmittel, die von den Revolutionsführern genutzt wurden, um ihr Ziel der Eroberung Chinas zu erreichen. Auch der Konfuzianismus war letztlich nur ein Mittel, das dazu diente, die Herrschaft zu stabilisieren. Erst einmal erfolgreich an der Macht, hatten keine Revolutionäre ihre versprochene Demokratie eingehalten. Stattdessen gingen sie früher oder später wie alle andere Reichsgründer in der chinesischen Geschichte wider zum Konfuzianismus zurück. Auch die Kommunistische Partei, die doch durch die Kulturrevolution versucht hatte, das Gedankengut des Konfuzianismus auszurotten, ist heute dabei, es erneut willkommen zu heißen.

Warum das so ist, gibt es dafür einen einfachen Grund: Es ist einfach nicht möglich, die tausend Jahre lang in China praktizierte alte Legitimitätsgrundlage in einem einmaligen Akt durch neue demokratische Legitimität zu ersetzen. Denk mal an die Souveränitätstheorie der Neuzeit, die auch nicht sofort die alte verdrängen konnte. Eine Theorie kann aber nur dann zur Legitimitätsgrundlage werden, wenn sie allgemein anerkannt ist. Nach der Erklärung von Martin Kriele hatte man der königlichen Macht die Souveränitätsdoktrin als neue Legitimitätsgrundlage in einem Jahrhunderte währenden Prozess allmählich untergeschoben. Die beiden Legitimitätsgrundlagen stünden nebeneinander, obwohl sie sich wechselseitig absolut ausschließen.

## **IV. Die Schattenseite des Konfuzianismus**

### **4.1 Konfuzianismus steht auf der Seite der Stärkere: Moralisches Verhältnis im Interessenverhältnis**

Konfuzianismus unterscheidet nicht privatrechtliches Verhältnis zwischen Vater und Sohn von öffentlich-rechtlichem Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Untertanen. Es ist leicht zu erkennen, dass nach dem Konfuzianismus immer der Stärkere das letzte Wort hat, sei es Vater, sei es Mann oder König. Aus der Tatsache, dass ein Individuum oder eine Gruppe stark ist, folgt selbstverständlich nicht, dass andere gehorchen müssen, denn dabei geht es um ein Sollen. Aber nach der Hierarchietheorie vom Konfuzianismus könnte eine Norm formuliert werden, die lautet: Dem Stärkeren soll gehorcht werden. Aus der Tatsache, dass ein Individuum stark ist, folgt dann, dass andere ihm gehorchen müssen, weil die Stärke zum normativen Begriff erhoben

worden ist. Das heißt, man gehorcht nicht der Wahrheit oder dem von ihm selbst geschlossenen Vertrag, sondern demjenigen, der höherrangig in der Hierarchie steht. Aber es wäre ein Irrtum, wenn man glaubt, dass Untertanen, Söhnen und Ehefrauen einfach wegen der moralischen Festlegung der Hierarchie des Konfuzianismus tatsächlich dem König, Vätern und Männern gehorchen. Die auf dem höheren Rang stehenden Könige, Väter und Männer haben eine Gemeinsamkeit: Sie haben Ressourcen zu verteilen. König verteilt Beamtenposten, Vater und Ehemann hinterlassen Vermögen, das Söhne und Frauen erben können. Die Gegenleistung für treuen Gehorsam ist die Interessengewährung.

#### **4.2 Minderheitsentscheidung statt Mehrheitsentscheidung?**

Die in westlicher Demokratie notwendige Mehrheitsentscheidung, die sich im Gegeneinander und Miteinander der verschiedenen Gruppe durch Verhandlung und Abstimmung herausbildet, verstößt gegen die vom Konfuzianismus ausgebaute Hierarchie. Der Anspruch auf Gleichberechtigung der Väter und Söhne allein verletzt schon die Würde des Vaters. Aus der Sicht des Konfuzianismus wäre die von unten getroffene Mehrheitsentscheidung unvernünftig. Denn die von oben getroffene Minderheitsentscheidung der Eliten wäre richtiger, als die von einer weniger intelligenten Mehrheit getroffene Entscheidung.

#### **4.3 Vertrauen in den Machthaber?**

Im christlichen Kulturkreis macht das Individuum Menschenrechte geltend als Abwehrrecht gegen Staatsgewalt, weil den Gedanken des Rechtsstaates stets auch ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Machthaber zugrunde liegt. Demgegenüber versuchte Konfuzianismus das Volk davon zu überzeugen, dem König genauso wie dem eigenen Vater zu gehorchen. Wenn alle Untertanen den König wie den eigenen Vater behandeln sollten, dann könnte niemand den König zur Verantwortung ziehen, auch wenn er seine Macht missbrauchte. Diese parallele Gleichstellung des Königs mit dem Vater verhindert dies. Die Frage ist nur, ob die Liebe zwischen Vater und Sohn übertragbar ist, auf z.B. das Verhältnis zwischen König und Untertanen.

#### **4.4 Kein Gefühl für Soziale Gerechtigkeit**

Konfuzianismus hat fünf Beziehungen festgelegt: König und Beamter, Vater und Sohn, Mann und Frau, älterer Bruder und jüngerer Bruder, Freund und Freund. Davon haben schon drei Beziehungen mit der Familie zu tun. Auffällig ist, dass Konfuzianismus in diesem Zusammenhang weder von Gesellschaft noch von Staat redete. Er bezog kein Sozialverhältnis zwischen Bürger und Bürger in diese fünf Beziehungen ein. Statt vom Verhältnis zwischen Staat und Beamten redete er von der Beziehung zwischen

König und Beamter. Das hat die folgende Konsequenz: die Chinesen pflegen die Beziehungen entweder zu ihrer eigenen Familie oder zu ihren Freunden. Sie ignorieren meistens ihre Verantwortung, mit anderen Fremden gemeinsam das Gemeinwesen auszugestalten. Jeder markiert seinen eigenen Kreis und widmet sich dem privaten Wohlergehen innerhalb des Kreises. Da die Liebe zwischen Vater und Sohn in die Pietätspflicht transformiert wurde, wurde der Versuch, den Wohlstand der eigenen Familie zu erhöhen, und sein eigenes Tun vom Bereich der Politik abzulösen, und diese den anderen zu überlassen, als Pflichterfüllung gerechtfertigt, und nicht als unverantwortlichen Egoismus verdammt. Der Mangel an Bereitschaft, sich der öffentlichen Angelegenheit zu widmen, ist ein typischer Charakter der chinesischen Gesellschaft. Solche Beziehungen innerhalb des Kreises auszubauen ist wichtig für die Chinesen, weil China war und ist bis heute kein Rechtsstaat, in dem die Interessen des einzelnen durch das Recht genügend gewährleistet werden. Man fühlt sich nur dann sicher, wenn man sich in solchem Netzwerk befindet, das von solchen Beziehungen verwickelt worden ist. Trotzdem ist das aus privaten Beziehungen bestehende Netzwerk schädlich für den Transfer der Demokratie.

#### **4.5 Kein Amtsethos**

Konfuzianismus legte die Betonung auf die konkrete menschliche Beziehung. Damals war der Begriff Staat auch für Konfuzius viel zu abstrakt. Die Erkenntnis, dass ein Staat eine juristische Person sei, und der König nur ein Organ des Staates, ist heute im Westen selbstverständlich, war aber damals in China völlig fremd. Der Beamte trug gegenüber dem König Loyalitätspflicht, nicht gegenüber Staat. Bis heute unterstellt die Volksbefreiungsarmee immer noch nicht dem Staat, sondern der KP. Das demokratische Amtsethos verpflichtet einen Beamten, das Recht zu wahren. Der Beamte hat in der Demokratie die Interessen des Volkes wahrzunehmen, nicht die Interessen einer Gruppe, einer Partei, oder einer Regierung.

In Taiwan wird das Amtsethos des Beamten und Richters nicht vollkommen einwandfrei durchgesetzt. Es wird immer noch vom parteigebundenen oder personengebundenen Loyalitätsverhältnis stark belastet. Sie verhalten sich gegenüber verschiedenen Parteien nicht neutral, sondern zugunsten der einen und zu Lasten der anderen. Sie beteiligen sich an dem politischen Machtkampf zwischen den Parteien.

#### **4.5 Schlussfolgerung**

Der Staat oder die Verfassung ist keineswegs von nichts entstanden. Sie müssen historisch an das, was schon vorhanden ist, anschließen. Die Demokratie, die auch Volksherrschaft heißt, ist historisch an die Stelle der Herrschaft der Monarchie

getreten. Darum wurde die Souveränität der Fürsten, die seit Neuzeit von der Theorie von Thomas Hobbes und Jean Bodin entwickelt und in Europa aufgetreten war, wurde im 18. Jahrhundert nicht mehr akzeptiert. Der Wandel von der Herrschaft der Fürsten zur Herrschaft des Volkes war darin begründet, dass die Macht der Fürsten aufgrund der Theorie der Souveränität unkontrollierbar ist. Demnach kann ein souveräner Fürst das von ihm selbst erlassene Gesetz willkürlich durchbrechen. Die Erwartung, dass ein souveräner Fürst einfach durch selbstkontrollierte moralische Bindung die Macht nicht missbrauchen könnte, ging nicht in Erfüllung. Ohne fremde Kontrolle könnte ein souveräner Fürst zum Tyrannen degenerieren. Der Konfuzianismus schlug den Weg zur Selbstkontrolle des Königs ein und machte denselben Fehler wie Hobbes Souveränitätstheorie.

Aus Sicht der Chinesen ist der Machtwechsel der westlichen Demokratie, der durch allgemeine Wahlen der Bevölkerung zustande kommt, einerseits naiv und leichtsinnig, weil der Wechsel des Himmelauftrages nie von Menschen durchgeführt werden kann. Der Machtwechsel durch eine demokratische Wahl, der gegen die Anweisung des alten Herrschers geschieht, ist andererseits sittenwidrig, weil es schon gegen die Loyalitätspflicht der Untertanen verstößt. Dies wird als ungewöhnlicher Machtwechsel angesehen und bedeutet zugleich das Auftauchen des Urzustandes, in dem es um Leben und Tod geht, und in dem der Einsatz aller möglichen Listen und Strategien erlaubt wird, um den Sieg zu gelangen.

## **V. Erfolgreicher Demokratietransfer in Taiwan**

Wenn sich die von Konfuzianismus stark geprägte chinesische Kultur tatsächlich negativ auf den Transfer der westlichen Demokratie auswirkt, dann muss man sich fragen, warum Taiwan, das offensichtlich zum chinesischen Kulturkreis gehört, die Demokratie einigermaßen erfolgreich rezipiert und praktiziert. Ist die Erfahrung von Taiwan auf China übertragbar? Wie sollte man die westliche Demokratie in China aktivieren?

### **5.1 Unterschiedlicher Ausgangspunkt**

Obwohl Taiwan die chinesische Kultur teilt, ist sein Ausgangspunkt für den westlichen Demokratietransfer anders als in China. Der Vorsprung, den Taiwan damals bis 1945 gegenüber dem chinesischen Festland gewann, war beträchtlich.

### **5.2 Unter japanischer Kolonieherrschaft**

Aufgrund des Krieges 1894-95 zwischen China und Japan über die Vorherrschaft in Korea, in dem China unterlag, musste China die Insel Taiwan an Japan abtreten.

Seitdem stand Taiwan unter japanischer Kolonialherrschaft bis 1945.

### **5.3 Modernisierung**

Nachdem sich die japanische Autorität konsolidiert hatte, unternahm die Kolonialverwaltung umfangreiche Anstrengungen für die Modernisierung und infrastrukturelle Erschließung der Insel: Innerhalb von zehn Jahren wurde das Schienennetz verzehnfacht. Ein modernes medizinisches Versorgungssystem ließ Epidemien deutlich zurückgehen und führte zu einem Anstieg der allgemeinen Lebenserwartung.

### **5.4 Öffentliche Meinung und die Entwicklung der politische Beteiligung**

Die Einführung der allgemeinen Schulbildung und der Zugang zum weiteren Studieren an der Universität führten zum Entstehen einer taiwanischen intellektuellen Elite, die eigene Zeitungen herausgab und ihre politische Meinungen auf Japanisch zum Ausdruck brachte. Zum ersten Mal war dadurch auf Taiwan eine öffentliche Meinung entstanden, die die politische Beteiligung und Gleichberechtigung für Taiwaner gefordert hatte. Die intellektuelle Elite gründete seit Anfang der 20er Jahre eine große Menge von politischen Organisationen und Verbänden, die die Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen vertraten. Die gemeinsame Forderung solcher Verbände war die nach politischer Beteiligung. Sie konnte schließlich einen ersten Erfolg finden: Im Jahr 1935 wurden erstmals allgemeine Wahlen für ein Provinzparlament abgehalten.

### **5.4 Nationale Identität**

Unter der japanischen Kolonialherrschaft hatten sich erstmals Anfänge einer taiwanischen Identität herausbildet. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Schicksalsgemeinschaft, die einer Nation zugrunde liegt, wurden durch die diskriminierende Behandlung gestärkt. Alle Taiwaner hatten sich als Opfer einer Diskriminierung durch die privilegierten Japaner empfunden.

### **5.5. Warum fängt ein diktatorischer Herrscher an, die Demokratie einzuführen?**

Aller Anfang ist schwer. Besonders schwierig ist, dass ein diktatorischer Machthaber bereit wäre, auf seine Macht zu verzichten und sie mit anderen zu teilen, und dann die Demokratie gegen seine eigenen Interessen anzufangen. Hat er freiwillig seine Macht aufgegeben, weil er sich seiner historischen Verantwortung bewusst war. Dann würde er riskieren, dass er danach für die vergangene Sünde bezahlen müsste, solange der neue Machthaber ihn zur Verantwortung ziehen möchte. Oder ist er gezwungen, die Demokratie einzuführen? Dann muss man sich fragen, wer den Diktator dazu zwingen

könnte? Aus welchem Grund könnte er sicherstellen, dass alle seine politischen Feinde die Spielregeln der Demokratie treu einhalten, nachdem er seine Macht an den neuen gewählten Nachfolger abgegeben hat. Was bewegt den Machthaber dazu, das Paradigma zuungunsten sich selbst zu wechseln.

Selbst wenn jeder alle demokratischen Anforderungen billigt, niemand könnte gewiss sein, dass alle andere tatsächlich die Anforderungen befolgen werden. Seine Billigung und seine Befolgung haben aber doch zur Voraussetzung, dass die Machtübertragung, die er im Interesse der anderen ermöglicht, auch von den anderen in seinem Interesse durchgesetzt wird. Diese Gewissheit kann er nur haben, wenn sichergestellt ist, dass die Anforderungen nötigenfalls mit Gewalt durchgesetzt werden. Der Überwacher, der notfalls mit Gewalt intervenieren kann, könnte in diesem Zusammenhang nur das Ausland sein.

### **5.5.1 Druck von außen**

Die zunehmende Isolierung Taiwans auf internationaler Ebene brachte Taiwan in eine unsichere Situation. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen USA und Taiwan 1987 trieb die Unsicherheit weiter. Insbesondere wurde auch der gemeinsame Verteidigungsvertrag von den USA gekündigt.

Die US-Regierung setzte die KMT-Regierung in Bereich der Demokratisierung unter Druck. Im März 1986 verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz, das auf die Legalisierung von Oppositionsparteien und allgemeine Wahlen in Taiwan hinwirken sollte und vorangegangene Resolutionen des US-Kongresses ergänzte, die auf politische Demokratisierung und Beendigung des Kriegsrechts in Taiwan drängen( 6. 11. 1986). Die US-Regierung hatte mit der Unterzeichnung des Kommuniqués von 1982 über die Verminderung von Waffenlieferung an Taiwan bereits die Regierung auf Taiwan beunruhigt. Hinzu kam, dass der US-Kongress 1984 die gesetzgeberische Voraussetzungen für den Verkauf militärischer Ausrüstung an die VR China schaffte und mit der VR Kooperationen im militärischen und im nuklearen Bereich anstrebte.

### **5.5.2 Druck von innen**

Eines der Merkmale der Demokratisierung Taiwans wird dadurch gekennzeichnet, dass sich die Demokratisierung seit dem Massaker 1947 nicht mehr von Unabhängigkeitsbewegung abreißen kann. Das politische Engagement für Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatsprinzip hat sich bei vielen mit der Bereitschaft zum persönlichen Opfer verbunden, vom Ertragen von Verständnislosigkeit und Diffamierung, bis hin zum Ertragen von willkürlicher Verhaftung, Folter und Mord.

Wenn die meisten Mitglieder eines Gemeinwesens nur nach ihren eigenen Interessen streben, und sich für soziale Gerechtigkeit nicht interessieren, dann ist es schwer, die Demokratie in das Gemeinwesen effektiv einzuführen. Die Opferbereitschaft, Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl, die aus einer Nation stammen, bilden eine stabile Grundlage für die Demokratie. Die Mitglieder einer solchen Nation haben keine Angst vor Unterdrückung.

### **5.5.3 Fazit**

Jiang Jinguo als diktatorischer Nachfolger vom seinem Vater Jiang Kai-shek hatte aus obengenannten Gründen versprochen, seine Familienmitglieder nicht mehr nachrücken zu lassen. Offensichtlich hatte er seine Macht nicht freiwillig aufgegeben, sondern er erkannte diese Strömung und wurde unter dem Druck von Innen und Außen gezwungen, die Demokratie einzuführen.

## **VI. Ist die Erfahrung Taiwans übertragbar auf China?**

Manche sagten, Irgendwann wird China demokratisch. Das gehe gar nicht anders, denn in China gäbe es eine Marktwirtschaft und seine Grenzen seien offen. Auf diese grundlose optimistische Prognose werde ich verzichten. Der Überblick auf die oben genannten demokratiefeindlichen Faktoren, die aus dem chinesischen Kulturkreis stammen und bis heute immer noch auf das Verhalten der Chinesen auswirken, führt zu einer pessimistischen Schlussfolgerung: Es ist schwer, die westliche Demokratie auf die chinesischen Beine zu stellen. Die in den Chinesen tiefwurzelnde Hierarchie und die diktatorische politische Struktur machen es unmöglich, die Reform von unten zu aktivieren. Die Reform muss von oben in Gang gesetzt werden. Nach der Erfahrung von Taiwan würde der Parteiführer ohne Druck vom Außen und Innen nie freiwillig reformieren. US Präsident Trump hat den Weg eingeschlagen, indem er mit Canada und Mexiko neuen Handelsabkommen geschlossen und gegen China den Handelskrieg geführt hat. Die EU strengt an, die Investitionen aus Diktaturen zu kontrollieren und gegebenenfalls auch zu verbieten.

Die Unabhängigkeitsbewegung kann die Opferbereitschaft fördern, um das von Konfuzianismus stark geprägte Solidaritätsdefizit auszugleichen. Ein Staatenbund könnte eine ideale Staatsform für ein zukünftiges China sein.

## **VII. Schlussfolgerung**

Ursachen für den erfolglosen Transfer der westlichen Demokratie nach China wie auch Prognosen für eine mögliche Demokratisierung des chinesischen Staates werden in der politikwissenschaftlichen Literatur seit langem gehandelt. Eine befriedigende

Antwort ist noch nicht in Sicht. Eines der wichtigsten Argumente ist das Kulturargument, insbesondere seit dem 11. September 2001 und nachdem Samuel Huntington sein Buch vom Kampf der Kulturen verfasst hatte. Richtet man dabei den Blick auf die traditionelle chinesische Kultur, so muss man die Frage konkreter stellen, nämlich danach, welche konkreten in der Kultur wurzelnden Elemente zum Scheitern der chinesischen Demokratisierung führten. Eine eindeutige Antwort auf diese Fragestellung fällt schwer, einerseits weil die in der chinesischen Kultur seit Jahrtausenden überlieferten politischen Denkgebäude und Philosophien sich einem Berg gleich vor der Forschung auftürmen. Auch den besten der westlichen Sinologen kann ein Überblick kaum gelingen, der den Zusammenhang zwischen der kulturellen Ursache und dem sich daraus ergebenden Transfermisserfolg schlüssig herleiten würde. Dies gilt umgekehrt ebenso für die chinesischen Intellektuellen, die seit dem Scheitern der Selbststärkungsbewegung vergeblich versucht haben, Demokratie westlicher Prägung in China einzuführen.

Der Vortrag verzichtet auf eine allgemeine theoretische Aufarbeitung des Transferproblems der Demokratie, wie zum Beispiel die Frage, ob denn die Menschenrechte universal sind und deswegen auch in anderen Kulturkreisen anwendbar sind, oder die Frage, ob die anderen Kulturkreise demokratieunfähig sind, weil sie bestimmte Bedingungen, unter denen Demokratie gedeiht, nicht erfüllen. Solche Fragestellungen lösen leicht unendliche Debatten aus, weil einerseits der Begriff der Kultur so umfassend ist und weil andererseits die Literatur einer Jahrtausende alten chinesischen Philosophie dermaßen unüberblickbar ist, dass sich immer irgendeine These an irgendeinen Anknüpfungspunkt, an irgendeine traditionelle Äußerung der alten chinesischen Philosophen andocken lässt. Deswegen können beide Argumentationen, ob nun für oder wider die Übertragbarkeit der westlichen Demokratie in die fremde Kultur, immer ein passendes Argument stark machen. Die eine Argumentation führt dieses Zitat des Konfuzius zu ihrer Untermauerung an, die andere Argumentation führt ein anderes Zitat des Konfuzius an oder andere autoritative Interpretationen desselben Zitats. Um diesen uferlosen Debatten auszuweichen, wurde hier versucht, einen anderen Weg einzuschlagen.

Daraus, dass Kultur von Menschen geschaffen wird, lässt sich schlussfolgern, dass sie auch veränderbar sein muss. So wie der Protestantismus im Westen erfolgreich Modifikationen der kulturellen und religiösen Traditionen der Kirche in Europa bewirkte, und dessen Weltanschauung wiederum in der Aufklärung modifiziert wurde. Allein das Faktum, dass der Demokratietransfer vorläufig gescheitert ist, beweist noch lange nicht, dass die chinesische Kultur quasi unveränderlich sei. Andernfalls hätte

sich ein Ereignis wie die Kulturrevolution in der chinesischen Geschichte nie ereignen dürfen. Wenn Kultur machbar ist, dann ist sie auch änderbar. Wenn sie änderbar ist, dann sollte auch nicht die Frage gestellt werden, ob der Transfer westlicher Demokratie in die chinesische Kultur erfolgreich sein kann. Denn diese Fragestellung impliziert vorgegebene und unveränderbare traditionelle Kulturen. Die Frage müsste vielmehr lauten, wie dieser Transfer in die chinesische Kultur erfolgreich durchgesetzt werden kann? Diese Fragestellung gehe davon aus, dass keine Kultur an und für sich demokratieresistent ist, sondern dass die Art und Weise, wie dieser Transfer in einen fremden Kulturraum bewerkstelligt werden kann, je nach Kultur unterschiedlich ausfällt.

Die obigen Ausführungen haben die Voraussetzungen erörtert, unter denen eine stabile und erfolgreiche Demokratie gedeiht, wie sie die Literatur zur Staatslehre auflistet. Diese Voraussetzungen sind zwar in der chinesischen Kultur besonders schwer zu erfüllen, liegen aber keinesfalls jenseits des Möglichen. Die Gründe hierfür sind unterschiedlicher Art. Dass solche Voraussetzungen in der chinesischen Tradition spärlich sind, ist nur einer davon. Die Unwissenheit über den Zusammenhang zwischen den konkreten Bedingungen und der effektiven Transferierung von Demokratie in die chinesische Kultur spielt eine viel gewichtigere Rolle. Diesen Zusammenhang darzulegen und darüber aufzuklären dürfte über Erfolg und Misserfolg des Demokratietransfers in den chinesischen Kulturraum entscheiden.